Freitag, 9. September 1921. Einzelnummer 10 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 163.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis ab 1. 9. 21: monatlich M.
in der Geschäftsstelle 100.—
in den Ausgabestellen 105.—
durch Zeitungsboten 110.—
durch die Post . 110.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273 3110, 3249.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 20.— M. im Reklameteil 60.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Die Pferde des Domänenpächters.

Wir wiesen vor einigen Tagen auf eine Entscheidung des Bezirksgerichts Ostrowo hin, in der ausgesprochen wird, daß der Fiskus und der Zwangsverwalter bzw. der neue Pächter sich jeglicher Verfügung über das auf der Domäne befindliche Inventar des bisherigen Pächters bei Vermeidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe zu enthalten haben.

Es gibt Zwangsverwalter, die anderer Meinung zu sein scheinen und einer Belehrung dringend bedürfen.

Auf einer Domäne, deren Namen zu nennen wir, wenn es gewünscht wird, jederzeit bereit sind, hat der Zwangsverwalter, dessen Namen zu nennen wir ebenfalls jederzeit bereit sind, — einen Teil der nach der Abschätzung dem bisherigen Pächter als Eigentum zugesprochenen Pferde zwangsweise für Feldarbeiten und Fuhren verwendet und sie durch unsachliche Behandlung in einen solchen Zustand versetzt, daß sie entwertet und unter Umständen unverkäuflich geworden sind. Sie mußten teilweise als Schlachtpferde verkauft werden. Wer bezahlt dem Besitzer der Pferde, dem bisherigen Pächter der Domäne, den Schaden? Alle Beschwerden blieben bisher ergebnislos.

Aber es kommt noch schöner.

Derselbe Zwangsverwalter nimmt für sich ohne weiteres das Recht in Anspruch, die Reit- und Kutschpferde des bisherigen Domänenpächters, sein unbestreitbares Eigentum, als Arbeitspferde zu verwenden. Er teilte diesen seinen Entschluß dem davon Betroffenen in einem Schreiben mit, das in wortgetreuer deutscher Übersetzung folgendermaßen lautet:

„Vom heutigen Tage an werden die zwei Pferde, die Sie bis jetzt persönlich gebrauchten, ebenso wie die andern Pferde zu wirtschaftlichen Zwecken gebraucht werden. Pferde für Wagenfahrten werden Ihnen von Fall zu Fall gestellt werden. Für die Beförderung Ihrer Kinder zur Schule sind tägliche Wagenfahrten angeordnet.

Zu dieser Maßnahme zwingen mich folgende Gründe: Die in Frage stehenden Pferde werden gegenwärtig, abgesehen von der Beförderung der Kinder zur Schule, tagelang nicht benützt, während Ihr Nachfolger infolge Ihres hartnäckigen Widerstandes gegen die Kündigung des Pachtvertrages nicht imstande ist, seine Pferde hierher zu bringen und dadurch wirtschaftlichen Schaden leidet.

Es wurden Ihnen zwar vor kurzem 13 Arbeitspferde freigegeben, doch geschah dies aus dem Grunde, daß jene Pferde schon sehr alt sind und daher jetzt, nach der Ernte und vor der Winterbestellung, mindestens zwei Wochen Ruhe brauchen. Ich habe Ihnen damals jene Pferde zur Verfügung gestellt, einerseits, weil ich Sie nicht in hohe Futterkosten stürzen wollte (??), und andererseits, weil ich annahm, daß in zwei Wochen die Angelegenheit Ihrer Exmission erledigt sein würde. Da aber die Angelegenheit sich länger hinzieht, als ich erwartete, muß ich jetzt alle mir zur Verfügung stehenden Pferde zur Arbeit heranziehen."

Darauf erwiderte der Besitzer der Pferde:

„Bei Übernahme der Zwangsverwaltung wurde uns ausdrücklich die uneingeschränkte Verfügung über die Kutschpferde zugesagt. Mein Vater äußerte sich dabei etwa in dem Sinne: Bei einem Edelmann können wir uns schon darauf verlassen. Es war auch ausdrücklich ausgesprochen und anerkannt worden, daß die Pferde mein Privateigentum sind und nicht zur Wirtschaft gehören.

Wenn die Wirtschaft jetzt so schwierig ist, so bin ich bereit, meine Pferde für Fuhren, zum Arzt u. dergl. zur Verfügung zu stellen, wenn ich sie nicht brauche. Keinesfalls aber kann ich zugeben, daß die Pferde in ein Ackergespann eingereiht werden, wo sie sehr bald stark herunterkommen würden.

Auf die Vertagungen des Prozesses habe ich keinerlei Einfluß. Der Landgerichtsdirektor, der den Prozeß hat, erklärte ausdrücklich, er hätte wegen Arbeitsüberlastung das Urteil nicht sprechen können.

In Ihrem Schreiben vom 8. 7. sind ausdrücklich nur die Arbeitspferde von der freien Verfügung ausgenommen.

Sollten die Pferde nicht hier in W. bleiben können, so würde ich sie ganz fortgeben.

Jedenfalls bitte ich zu heute nachmittag 3 Uhr um meine Pferde, es genügt, wenn dieselben angeschirrt werden; ein Kutscher ist nicht nötig."

Dieses Schreiben blieb unbeantwortet. Schon vorher hatte der Besitzer der Pferde versucht, eine mündliche Aussprache mit dem Zwangsverwalter herbeizuführen, erhielt jedoch von ihm durch einen der Dienstboten den Bescheid, er wäre für ihn nicht zu sprechen, er möge sich schriftlich an ihn wenden, und wenn er das nicht könnte, so solle er das im nächsten Dorf lernen.

Dieser Verkehrston entspricht den moralischen Anschauungen des Herrn Zwangsverwalters, der fremde Pferde, die ihm nicht gegeben werden, nimmt.

Die Iren.

London, 8. September. (PAT.) Wie aus Cork gemeldet wird haben die streikenden Arbeiter im dortigen Hafen sich des Gebäudes der Hafendirektion bemächtigt und die Bureaus besetzt. Das ganze Personal wurde mit Gewalt hinausgedrängt. Nach längerer Beratung wurde beschlossen, eine gemischte Kommission als Schiedsgericht anzurufen.

Eine Konferenz mit den Sinnfeinern.

London, 8. September. (PAT.) Wie Reuter aus Dublin erfährt, wird dort die Lage für kritisch gehalten, doch glaubt man nicht, daß die Verhandlungen abgebrochen werden. Es wird erwartet, daß die englische Regierung die Vertreter der Sinnfeiner zu einer neuen Konferenz berufen wird. Man hält es für unwahrscheinlich, daß Lloyd George bereit sein wird, die Verantwortung für einen Bruch des Waffenstillstands auf sich zu nehmen.

Völkerbund.

Der neue Präsident.

Genf, 8. September. Die Völkerbundsversammlung trat am Montag nachmittag zur Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten zusammen. Balfour schlug Karnebeek (Holland) als Präsidenten vor. Jonesku brachte da Cunha (Brasilien) in Vorschlag. Restrepe-Columbien bekämpfte die Nominierung irgendwelcher Kandidaten. Nach einer kurzen Debatte wurde beschlossen, sofort zur Wahl ohne Nominierung überzugehen.

Bei der Abstimmung erhielten van Karnebeek 19 Stimmen, da Cunha 12 und Motta-Schweiz 4 Stimmen. Einige Stimmen waren zersplittert. Da niemand die absolute Mehrheit erzielt hatte, mußte zur zweiten Wahl geschritten werden. Bei der Wahl im zweiten Wahlgang wurde zum Präsidenten der Völkerbundsversammlung van Karnebeek-Holland mit 22 Stimmen gewählt, während da Cunha 15 Stimmen und Motta-Schweiz eine Stimme erhielt. Abgegeben wurden 38 Stimmen, davon ein weißer Zettel. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt, woran sich die französische Delegation nicht beteiligte.

Karnebeek nimmt die Wahl an.

Genf, 8. September. Der neugewählte Präsident, van Karnebeek, übernahm mit einigen Worten des Dankes das Präsidium. Er legte Wert darauf, sich sofort nach der Versammlung den Pressevertretern vorzustellen, und erinnerte in einer kurzen freundlichen Aussprache daran, daß in Holland das Interesse für die rechtliche Organisierung der Welt stets besonders stark gewesen sei. Er teilte auf eine Anfrage mit, daß die Versammlung voraussichtlich nicht so lange wie die vorige dauern würde. Genaueres könne er aber nicht sagen.

Verstimmungen infolge der Wahl.

Genf, 8. September. In den Kreisen der schweizerischen Delegation soll eine ziemliche Verstimmung über die Präsidentenwahl herrschen. Man ist der Ansicht, daß es der Schweiz gebührt hätte, in der zweiten Völkerbundversammlung den Präsidenten zu stellen, nachdem man in der ersten Versammlung des Völkerbundes bereits zu Gunsten Belgiens verzichtet hatte.

Die Vertreter Polens.

Genf, 8. September. (PAT.) In den Ausschüssen des Völkerbundes ist Polen gegenwärtig folgendermaßen vertreten: Im Ausschuß für Änderungen des Völkerbundsvertrages durch Aszkenazy, im Ausschuß für die technische Organisation des Völkerbundes durch Olszowski und Sokal, im Entwaffnungs- und Blockadeausschuß durch Aszkenazy, im Ausschuß für Finanzen und innere Angelegenheiten durch Modzelewski, im humanitären Ausschuß durch Modzelewski, im Ausschuß für politische Angelegenheiten und Staatsverwaltung durch Aszkenazy.

Ein neuer Vorschlag für die Teilung Oberschlesiens?

London, 8. September. (PAT.) „Westminster-Gazette erklärt, daß der neu gewählte Ausschuß des Völkerbundsrates zur Prüfung der oberschlesischen Frage seine Arbeit bis zum 10. d. Mts. beendet haben wird. Es sei zu erwarten, daß die Entscheidung, zu der der Ausschuß gelangen wird, weder den Wünschen Frankreichs noch den Wünschen Englands entsprechen, und einen neuen Lösungsvorschlag darstellen wird, der voraussichtlich sowohl von Polen als auch von Deutschland günstig aufgenommen werden und auch den Beifall der Oberschlesier selbst finden wird.

Die polnisch-litauische Frage.

Genf, 8. September. (PAT.) Der neue Vorschlag Hymans zur Lösung der Frage der Staatszugehörigkeit Wilnas sieht eine Autonomie für den Wilnaer Bezirk vor und eine militärische Konvention als Grundlage eines gemeinsamen Verteidigungsplanes mit einer gemeinsamen obersten Heeresleitung. Doch soll der Hauptteil der litauischen Truppen unter litauischer Führung bleiben. Sollte Litauen auf seiner Ablehnung beharren, dann soll der Streit zwischen Polen und Litauen dem Völkerbundsrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Bolivia und Chile.

Genf, 8. September. (PAT.) Die Mittwoch-Vormittagssitzung des Völkerbundsrates war dem Streit zwischen Bolivia und Chile gewidmet. Es handelt sich dabei um die Revision des im Jahre 1904 zwischen diesen beiden Staaten geschlossenen Friedensvertrages. Bolivia verlangt diese Revision, während Chile durchaus dagegen ist, daß der Völkerbund, den es für unzuständig hält, eine solche Revision vornimmt. Nachdem Vertreter der beiden Staaten zum Worte gekommen waren, wurde die Angelegenheit vertagt.

Ein Ententeultimatum an Ungarn.

Wien, 8. September. (PAT.) Die „Neue Freie Presse" berichtet, daß die Verbandsstaaten der ungarischen Regierung ein Ultimatum ausgehändigt hätten, in dem sie die sofortige Räumung Westungarns fordern. Das Ultimatum sieht einen Termin von sechs Tagen vor.

Ein Druck des Botschafterrates auf Ungarn.

Paris, 8. September. (PAT.) „Petit Parisien" berichtet aus London: Auf den Antrag der italienischen Regierung beschloß die Botschafterkonferenz, auf die ungarische Regierung einen Druck auszuüben, daß diese mit dem Widerstande, den Ungarn in den Westkommitaten leiste, aufhöre. Die betreffende Note soll unter andern auch die Angelegenheit des ehemaligen Kaisers Karl berühren, der noch nicht formell auf den ungarischen Thron verzichtet hat. Die Note soll ferner die Tatsache betonen, daß die amtlichen Dokumente Ungarns bisher noch die Bezeichnung „königlich-ungarisch" gebrauchen.

Die Möglichkeit neuer Zusammenstöße.

Wien, 8. September. In Bruck an der Leitha, das von den Österreichern besetzt ist, herrscht Ordnung. Es besteht jedoch die Befürchtung, daß ungarische Abteilungen hier einmarschieren werden. Nach den letzten Nachrichten wurde dort der Kriegszustand verhängt. Die österreichischen Truppen bauen Schanzen, um den Gegner mit Maschinengewehren beschießen zu können. Aus Wien sind neue Verstärkungen eingetroffen. Die österreichische Artillerie steht in der Nähe von Kirchschlag. Nach den Aussagen der Ententetruppen sollen die Ungarn größere Verluste gehabt haben, als die Österreicher. Beide Seiten rechnen mit der Möglichkeit blutiger Zusammenstöße.

Deutschland.

Die letzten Ereignisse in Deutschland —, die Ermordung Erzbergers, die Erregung, die sich infolge dieses Ereignisses eines Teiles der Bevölkerung bemächtigte und die Maßnahmen, die die Berliner Regierung für nötig hielt, um Unruhen und Akte politischer Selbsthilfe zu verhindern, — haben neben andern unerwünschten Wirkungen auch die gehabt, daß zwischen Berlin und München eine Spannung eingetreten ist, von der die deutliche Sprache der gesamten bürgerlichen Presse ein unzweideutiges Zeugnis ablegt. Letzten Endes freilich liegen die Anfänge dieser Spannung weiter zurück. Mehrere Tage vor Erzbergers Ermordung hatte der Reichskanzler den bayerischen Vertreter in Berlin rufen lassen, um ihm Vorhaltungen darüber zu machen, daß die bayerischen Regierung die Reichsregierung nicht gegen die Angriffe bayerischer Blätter schütze. Die bayerische Regierung hat darauf erklärt, daß der Ausnahmezustand in Bayern nicht dazu gemißbraucht werden dürfe, irgendeine Regierung gegen Angriffe der Presse zu schützen, dafür genügten die Strafgesetze. Gegen die Presse sei der Ausnahmezustand in Bayern nur anwendbar, wenn sie zu Gewalttätigkeiten und Störung der öffentlichen Ordnung auffordert. Darauf hat der Reichskanzler erwidert, er müsse es sich überlegen, ob er dem Reichspräsidenten nicht die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern vorschlagen soll. Der Antrag dazu im Überwachungsausschuß des Reichstages ist drei Tage vor Erzbergers Tode von seiten der Unabhängigen eingebracht worden.

Jetzt haben die letzten Verordnungen des Reichspräsidenten in Bayern eine Erregung hervorgerufen, die stündlich wächst. Die bayerische Regierung erhält massenhaft Kundgebungen aus dem Lande mit der Aufforderung, nicht zurückzuweichen, sondern festzubleiben und Ehre, Würde und Recht des Landes zu wahren.

Am Montag trat in München der Ministerrat zu einer Sitzung zusammen, die von vormittags 10 Uhr bis gegen 3 Uhr nachmittags dauerte. Den Vorsitz führte Ministerpräsident Dr. v. Kahr. Der Ministerrat nahm den Bericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Schreyer über die Berliner Verhandlungen entgegen und zog die letzten telegraphischen Anordnungen des Reichsministers des Innern in die Beratungen ein. Zu einer definitiven Beschlußfassung kam es noch nicht. Die Regierung will vielmehr abwarten, wie sich der Ausschuß der Landtagskoalition zu den Verfügungen und Forderungen der Reichsregierung stellt, ehe sie von sich aus weitere entscheidende Schritte unternimmt.

Eine wesentliche Zuspitzung erfuhr die Lage dadurch, daß der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer an die bayerische Regierung ein Telegramm schickte mit dem Ersuchen, das Erscheinen der „München-Augsburger Abendztg." wegen ihres Artikels „Auf dem Wege zum Sowjetregiment" auf eine angemessene Zeit zu verbieten und über die von der bayerischen Regierung getroffenen Maßnahmen nach Berlin Mitteilung zu machen. In einem weiteren Telegramm Dr. Gradnauers an die bayerische Regierung wird mitgeteilt, daß der Abg. Klingler in Coburg sich telegraphisch an die Berliner Regierung gewendet habe mit dem Ersuchen, die Sicherheitspolizei in Coburg, die eine republikanische Feier zu stören drohe, zurückzuziehen. Auch hier ersucht Dr. Gradnauer, das weitere zu veranlassen und nach Berlin Mitteilung zu geben.

In maßgebenden bayerischen Regierungskreisen besteht durchaus keine Neigung, dem Berliner Begehren auf Unterbindung des Erscheinens der „München-Augsburger Abendztg." zu entsprechen. Ob wegen der Coburger Sache etwas unternommen worden ist, darüber konnte bisher nichts in Erfahrung gebracht werden. Wahrscheinlich wird auch in diesem Punkt die Anordnung des Reichsministers zurückgewiesen werden.

Ein offener Brief an den Reichspräsidenten.

Berlin, 8. September. In der „Pommerschen Tagespost" ist folgender Brief zu lesen:

An Herrn Ebert, Berlin, Wilhelmstraße.

Anläßlich Ihrer Wahl zum Reichspräsidenten sprach ich in ihrem und unserem Interesse mein Bedauern aus. Ich muß dies wiederholen angesichts Ihrer der Freiheit Hohn sprechenden Verordnungen betreffend Presse und Uniformtragen. Diese Verordnungen sind

1. Rechtswidrig: Das werden Ihnen die Richter zeigen!
2. Sachwidrig: Das werden Ihnen die Betroffenen zeigen!
3. Zweckwidrig: Das wird Ihnen die Geschichte zeigen!

Bedauernswert die Republik, welche zu solchen Mitteln greifen muß, um sich ihr Leben zu fristen.

gez.: von Brockhusen-Justin, Kgl. Landrat a. D.

Neue Zeitungsverbote.

Berlin, 8. September. Die „Rote Fahne des Ostens", das Königsberger Kommunistenblatt, ist auf drei Tage verboten, ebenso der Frankfurter „Kommunist" wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten. In Hannover wurde der „Sturm", ein deutsch-völkisches Blatt, für vierzehn Tage verboten, in Königsberg außer dem Kommunistenblatt auch die deutschnationale „Ostpreußische Zeitung".

Stimmen der Münchener Presse.

Die „Münchener Neusten Nachrichten" bezeichnen die Art der Berliner Regierung, die Weimarer Verfassung zu wahren, als vormärzlichen Absolutismus, Gradnauer scheine es darauf abgesehen zu haben, aus Bayern eine Reichsprovinz zu machen, um dadurch am geeignetsten die Frage zu lösen, wie die verhaßte Regierung Kahr beseitigt werden könne.

Die „München-Augsburger Abendztg." unterstellt der bayerischen Sozialdemokratie die Absicht, den Generalstreik vom Zaun zu brechen und behauptet, daß durch die Verordnung vom 29. August das kulturelle Eigenleben Bayerns ausgelöscht sei und München, Nürnberg, Augsburg und Würzburg Vorstädte von Berlin würden.

Der „Bayerische Kurier" führt aus: „Man wird überall im bayerischen Volk unserer Regierung Recht geben, wenn sie sich die Berliner Behandlung als eines der Reichsregierung unterstehenden Bezirksamtes nicht länger gefallen läßt, zumal die Berliner Absicht sich dabei nicht verkennen läßt, die bayerische Regierung unmöglich zu machen.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" erklärt, es sei eine unmögliche Zumutung, die sofortige und völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern seitens der Reichsregierung zu verlangen.

„Münchener Zeitung": „Es herrscht das Gefühl, daß das so nicht weiter gehen kann. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß die bayerische Regierung, wenn sie die Beseitigung des Ausnahmezustandes in Bayern annehmen würde, damit ihr eigenes Todesurteil und dasjenige der gegenwärtigen Regierungskoalition unterschreiben würde".

Sowjetrußland.

Neue Hinrichtungen in Petersburg.

Riga, 8. September. (PAT.) In Verbindung mit der Aufdeckung der Verschwörung in Petersburg wurden nach den Berichten russischer Zeitungen 72 Personen erschossen, darunter die Professoren Kaganzew und Lazarew, der Oberst Schwedow und die Senatoren Manuchin und Jastrebow.

Die hoffnungslose wirtschaftliche Lage.

Danzig, 8. September. (PAT.) Auf Grund von Informationen der Moskauer und Petersbuger Presse wird aus Riga berichtet, daß die wirtschaftliche Lage Rußlands den Höhepunkt der Hoffnungslosigkeit erreicht habe. Die Naturalsteuern gehen sehr langsam ein. Statt der erwarteten 5 Millionen Pud Getreide haben die Zentralgouvernements kaum 1½ Millionen geliefert. Die nächsten Tage werden über das Los der Saaten im Wolgagebiet und in ganz Rußland entscheiden. Saatgetreide ist nicht vorhanden, da alle Körnerfrucht in erster Linie zur Versorgung der roten Armee bestimmt ist. Die „Prawda" schreibt, daß der vollkommene Mangel an Brennmaterial auf den Bahnen die Lieferung von Lebensmittel an die hungernde Bevölkerung unmöglich macht.

Der Vormarsch der Griechen.

Athen, 8. September. (PAT.) Wie der amtliche Bericht meldet gehen an der Front nur unbedeutende Gefechte vor sich. Es bestätigt sich, daß die griechischen Truppen seit dem 4. September erfolgreich vorrücken.

Die Griechen in Angora.

London, 8. September. (PAT.) Nach einer Meldung aus Smyrna haben die Griechen Angora schon besetzt.

Danzigs Eisenbahnen.

General Haking, der Oberkommissar des Völkerbundes für Danzig hat jetzt, nachdem der größte Teil der Eisenbahnen im Gebiet der Freien Stadt Danzig und der Danziger Bahnhof Polen zugesprochen worden sind, diese erste Entscheidung im Einzelnen ergänzend wie folgt entschieden:

1. Daß die deutsche Sprache bei allen Dienstzweigen der polnischen Eisenbahnverwaltung im Verkehr mit dem Danziger Publikum oder mit den Eisenbahnbeamten, Angestellten oder Arbeitern Danziger Staatsangehörigkeit zur Anwendung kommen soll. Daß diese Entscheidung in keiner Weise die Befugnisse der polnischen Eisenbahnverwaltung darin beschränkt, daß sie die polnische Sprache anwendet, überall dann und überall dort, wo es für den wirksamen Betrieb ihrer höheren Verwaltung notwendig ist oder falls irgendwelche Leute aus dem Publikum diese Sprache anzuwenden wünschen.

2. Daß alle Aufschriften auf den Eisenbahnstationen im Gebiete der Freien Stadt, wie Ortsnamen, Bahnsteige, Fahrkartenverkaufsstellen, Gepäckräume, Fahrpläne usw. deutsch sein sollen, und daß ebenso alle an das Publikum von oder nach einem Ort im Gebiete der Freien Stadt ausgegebenen Fahrkarten in Deutsch abgefaßt sein sollen. Fahrkarten nach Ortschaften in Polen oder nach anderen fremden Ländern können, wenn gewünscht, doppelsprachig abgefaßt sein.

3. Aufschriften in Eisenbahnwagen oder auf Stationen betr. die Sicherheit, das Rettungs- und Gesundheitswesen können doppelsprachig angebracht werden, wenn die polnische Verwaltung der Ansicht ist, daß dies unbedingt notwendig ist.

4. Daß, solange deutsche Währung im Gebiete der Freien Stadt Danzig zur Anwendung gelangt, alle an oder durch die Regierung oder das Publikum der Freien Stadt geleisteten Zahlungen in dieser Währung erfolgen müssen, sowohl für den Fahrkartenverkauf und den Güterverkehr wie für alle anderen Zwecke.

5. Unter Publikum sind alle Handelsgesellschaften und alle Personen, die im Gebiete der Freien Stadt wohnen, es besuchen oder durchreisen, zu verstehen. Vorbehalten bleibt immer, daß diese Entscheidung kein Verbot an die polnische Eisenbahnverwaltung darstellt, die polnische Währung anzuwenden oder polnisches Geld anzunehmen, wenn der Zahlende und der Zahlungsempfänger in dieser Hinsicht einverstanden sind.

6. Wenn die polnische Eisenbahnverwaltung es für die Bequemlichkeit des Publikums oder für ihre eigene Bequemlichkeit unbedingt für notwendig hält, so besteht kein Bedenken dagegen, daß eine Wechselstelle in oder bei einer Fahrkartenausgabestelle oder einer anderen Örtlichkeit, wo Zahlungen gewöhnlich geleistet werden, eingerichtet wird. Die amtliche Währung indessen bleibt die deutsche Mark.

Republik Polen.

† Der Finanz- und Staatshaushaltsausschuß des Sejm setzte seine Beratungen unter Vorsitz des Abg. Diamand fort und ging zur Einzelberatung über den Haushaltsplan des Eisenbahnministeriums über.

Minister Jaśiński gab in zweistündiger Rede einen Überblick über die Entwickelung des polnischen Eisenbahnwesens und kündigte eine Erhöhung der Tarife in zwei Etappen an. Vom 10. bis 30. d. Mts. beträgt die telegraphisch angeordnete Erhöhung 50 v. H. der Personenfahrpreise und bedeutet für den Gütertarif eine Verschiebung aus der siebenten und der sechsten Klasse in die fünfte, und aus der fünften in die vierte. Diese Erhöhung wird eine Einnahme von 217 900 000 M. aus dem Personenverkehr und von 414 900 000 M. aus dem Güterverkehr geben, was eine Erhöhung der Staatseinnahmen um 632 800 0 0 M. im Laufe dieser Zeit bedeutet. Die Fahrt von Warschau nach Krakau wird vom 1. Oktober an im Eilzug in der ersten Klass 3330 M. kosten in der zweiten Klasse 2221 M., in der dritten Klasse 1140 M. Der Preis der Fahrkarten für den Personenzug wird zwei Drittel der genannten Eilzugspreise betragen. Die Reise von Dirschau nach Baranowicze wird in der 1. Kl. 7740 M. kosten. Was die Gütertarife betrifft, so wird bei einer Entfernung von 100 Km. ein Güterwagen für 10 000 Kg. Getreide 4500 M. kosten für 10 000 Kg. Mehl 3500 M., für 10 000 Kg. Vieh 4500 M., für 10 000 Kg. Bauholz 4500 M. für 10 000 Kg. Kohle 3500 M. für 10 000 Kg. Petroleum 9000 M.; bei einer Entfernung von 500 Km. werden die Kosten betragen: für Getreide 20 500 M., für Mehl 11 500 M., für Vieh 20 500 M., für Bauholz 20 500 M., für Kohle 11 500 M., für Petroleum 37 000 M.

In der Nachmittagssitzung sprach Abg. Moraczewski über den Voranschlag des Eisenbahnhaushaltsplanes und wies auf die Nachteile der seinerzeit mit einigen Privatunternehmungen abgeschlossenen Verträge hin. Der Eisenbahnminister gab die Mängel dieser Verträge zu und stellte in Aussicht, daß sie gelöst oder verändert werden würden. Der Berichterstatter kam zu dem Schluß, daß in dem Vorentwurf des Eisenbahnhaushaltsplanes die Ausgaben um mehrere 100 Millionen herabgesetzt werden könnten.

† **Die Kabinettskrisis.** Am Mittwoch abend fand in Warschau unter Vorsitz des Abg. Skulski eine Sitzung der Mittelparteien statt, in der beschlossen wurde, in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten den Rücktritt des Kabinetts zu verlangen. Der Rücktritt wird für Freitag erwartet. Innerhalb der polnischen Volkspartei, auf deren Stellungnahme es jetzt hauptsächlich ankommen dürfte, machen sich jetzt zwei Strömungen bemerkbar: Während ein Teil der Volksparteiler zu einem Zusammengehen mit den gemäßigten Rechtsparteilern neigt, wünschen die anderen ein Zusammenwirken mit den linksstehenden Parteien.

† **Witos' Ruhesitz.** Der Krakauer „Kurjer Codzienny" berichtet daß der Ministerpräsident Witos ein größeres Gut in der Umgegend von Sucha gekauft hat.

Deutsches Reich.

** **Einstellung von Schlafwagen dritter Klasse.** Das Reichsverkehrsministerium hat dem Verband reisender Kaufleute Deutschlands auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die Einstellung von Schlafwagen dritter Klasse in einige geeignete Nachtschnellzüge versuchsweise beabsichtigt wird. Mit der Einführung der Schlafwagen 3. Klasse wird ein alter Wunsch des reisenden Publikums erfüllt.

** **Die Lebenshaltungskosten im Deutschen Reich.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt monatlich festgestellt wird, ist vom Juli zum August um 82 Punkte von 963 auf 1045 gestiegen. Die Erhöhung beträgt gegenüber dem Vormonat 8,5 v. H., gegenüber dem Monat Januar dieses Jahres 10,7 v. H. Im Vergleich zu dem seit Beginn dieses Jahres im April erreichten tiefsten Punkte (880) haben sich bis zum Berichtsmonat die durch die Teuerungsstatistik erfaßten lebensnotnotwendigen Ausgaben um 18¾ v. H. erhöht. Die Brotpreissteigerung, die in der Mitte des Monats August eintrat, kommt in der Indexziffer erst zur Hälfte zum Ausdruck. Zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten haben Preiserhöhungen für eine große Reihe von Lebensmitteln neben Brot besonders für Fette, Schweinefleisch, Hülsenfrüchte, Nährmittel, Eier und Fische, beigetragen. Lediglich Kartoffeln und Gemüse haben etwas im Preise nachgelassen. Die Bewegung war, wie im Vormonat, innerhalb des Reiches ziemlich einheitlich.

Aus der polnischen Presse.

„Falsche Auffassung der Freiheit" heißt ein lehrreicher Artikel in der „Prawda" vom 4. September (Nr. 184) „Lieber möchte ich in einem Lande leben, in dem „niemand nichts erlaubt ist", als in einem Lande, wo „allen alles erlaubt ist". Wir sind groß geworden in Unfreiheit, und doch haben wir nicht gelernt, daß nicht alle regieren können, und daß die Freiheit auf Ruhe und Ordnung beruht. Wie haben wir doch lamentiert darüber, daß wir größere Abgaben zahlen mußten als die Deutschen . . ., daß die Deutschen uns ihre Landsleute hergeschickt haben, die über uns wachten mit dem Prügel und dem Strafbüchlein in der Hand, daß die Deutschen in den Ämtern, der Schule und der Kirche geherrscht haben und unsere Kinder erzogen wurden nicht wie wir wollten, sondern wie es der Prusak, Moskal und Austrjak wünschte . . . Wir haben nach Freiheit geschmachtet . . . bis Gott sich erbarmt und unsere Opfer angenommen und uns die Freiheit geschenkt hat. Können wir diese Freiheit begreifen! Nein, das ganze Volk von oben bis unten begreift diese Freiheit nicht. Einzelne Menschen begreifen sie, aber sie wagen nicht mehr mit ihrer Meinung hervorzutreten; sie schweigen und warten auf ein günstiges Fatum, das uns gesunden lassen soll.

Wir alle möchten regieren, aber wir können selbst die Behörden nicht achten und ihre Befehle befolgen. Einstens haben wir angesichts der Verordnung eines fremden Gendarmen im Kreise gezittert, heute machen wir uns über die Verordnungen unserer Behörden lustig. Einstens haben wir, wenn auch wider Willen, Abgaben zur Vergrößerung einer fremden Macht gezahlt, heute wollen wir für uns selbst keine Opfer bringen. Man erkennt die Regierungsbeamten in Stadt und Land, Lehrer, Richter usw. nicht als die eigenen an, man beneidet sie und spricht: warum bin ich es nicht? Es ist klar, daß noch nicht alle ihre Pflicht so erfüllen können, wie es sein sollte — dazu bedarf es noch einige Zeit —, und doch kritisieren wir sie rücksichtslos, wiewohl wir nicht sagen können, ob wir es besser machen könnten. Mancher von uns träumt von hoher Stellung . . . Wir glauben, daß wir alle zu allen Ämtern befähigt sind, aber wir sehen nicht ein, daß Polen auch kluge, willige Arbeiter haben und daß die schlichteste Arbeit, wie das Füttern des Viehes im Stalle, geleistet werden muß.

Wir begreifen die goldene, teuer erkaufte Freiheit nicht, und deshalb schimpfen wir auf unsere Behörden, mißachten die privaten wie auch alle öffentlichen Rechte, als ob wir ein allgemeines Chaos herbeiführen wollten. Jeder sucht sich selbst auf Kosten Polens besser zu stellen.

Wer ist daran schuld? Wir selbst! Wir suchen unsere Feinde unter den Freimaurern, wir suchen sie unter den auswärtigen feindlichen Mächten, aber mit Blindheit geschlagen, sehen, hören und verstehen wir nicht, daß wir selbst die Totengräber unserer Freiheit sind. Man wundert sich nicht über die Kleinen, Unaufgeklärten, allein man muß sich wundern über die, denen die Möglichkeit und die Macht gegeben ist, aufklärend und mit gutem Beispiel auf die Massen zu wirken. Ich wundere mich vor allem über die Presse, in erster Linie über die rechtsstehende Presse, daß sie in ihrer Verblendung statt aufzubauen, zu belehren und zu überzeugen, nur ruiniert, hetzt, verblendet und zur Opposition gegen die Behörden aufreizt. Ich bin fest überzeugt, daß die äußerste Rechte nicht nur den Kommunismus und die Anarchie großzieht, sondern sogar den von jenseits der Grenzen eindringenden Aufwieglern die Hand reicht, wenn sie nur ihr Ziel erreicht. Es fehlt nicht viel, und sie wird den Feind zu Hilfe rufen. Das, was nur vor dem Sejm, vor der Regierung, vor den verantwortlichen Behörden und Gerichten verhandelt werden sollte, das bringt man in Volksversammlungen vor, obwohl das natürlich nichts hilft; denn man will damit nicht etwa Besserung herbeiführen oder Schuldige strafen, sondern nur Anhänger ködern. Es gibt wenig ehrliche, überzeugte und mutige Menschen, die den Versammelten die Wahrheit zu sagen wagen; sie arbeiten nur darauf hin, sie für sich zu gewinnen, sie nicht vor den Kopf zu stoßen, und schieben deshalb alle öffentlichen Übel und Unzulänglichkeiten den anderen Parteien und den anderen Menschen in die Schuhe. Man schimpft über die Teuerung, über den Fall der Valuta, aber selbst den Ärmsten tut es nicht leid, Schnäpse zu trinken, die 25 M. und mehr kosten. Anstatt sich mit den eigenen Erzeugnissen zufrieden zu stellen, kauft man fremde Valuta, um fremde Waren heranzubekommen, weil diese, wie man sagt, jenseits der Grenze billiger sind. Das ist unsere Schwäche, aus der unsere Feinde Nutzen ziehen, um uns ins Gesicht zu springen mit der Behauptung: „Ihr müßt untergehen!" An alledem ist nur unsere falsche Auffassung von der Freiheit schuld. Wie der Rauch von Strohfeuer ist unser Nationalstolz aufgestiegen, so daß wir die Gefahr, die über uns hängt, nicht sehn können. Es ist die höchste Zeit für alle Verständigen und für das Wohl des Vaterlandes Sorgenden, daß sie sich einigen, um

Geschichte einer Liebe.

Von Hermann Schreiber.

Ich trete in die Untergrundbahn.

Sie tritt in die Untergrundbahn.

Ich sehe sie zunächst nicht, oder vielmehr ich sehe den rosaroten, runden Tellerhut, für den ich kein Interesse verspüre. Dann hebt sich der rosarote, runde Tellerhut. Ich sehe einen schmalen Kopf. Und ich stelle fest, daß dieser Kopf rassig ist. Ich verspüre ein lebhaftes Interesse für diesen rassigen Kopf. Diese Augen sind beinahe schön. Nein, sie sind sehr schön. Sie sind von der Unergründlichkeit und Märchenhaftigkeit indischer Liebesnächte. Dieser leichtgeschlossene Mund scheint zu träumen. Von irgend etwas, das wundersam lieblich sein muß, denn er lächelt mit einem Lächeln, das kindlich und weltentrückt mit zarten Fingern ans Herz klopft. Mein Interesse steigt in dem gleichen Verhältnis, in dem die Zeit abnimmt, die mich trennt von dem Augenblick, an dem ein ordnungsgemäß gelöstes, behördlich gelochtes Untergrundbahnbillett mich ersucht, Betrachtungen einzustellen, die ich reizvoll finde.

Meine Blicke sind ganz Intensivität geworden, stahlharte Suggestion, Seelenausstrahlungen. Und sie sieht auf. Sie schaut mir ins Auge. Die Sendstation meines unbeugsamen Willens sammelt alle Energien. Der Aufnahmeapparat funktioniert. Sie senkt die Augenlider.

„Ich werde sie lieben!" sage ich und trete auf den anderen Fuß. Mein Ellenbogen bohrt sich in den Bauch eines astmatischen Herrn. Meine Muskeln sind gespannt. Schweißtropfen kullern an den Schläfen. Doch mein Wille siegt. Ihre Augen enthüllen sich. Sie liegen nackt in meinem Blick. Welch wundersames Schicksal spricht zu mir.

Ich fahre an einer Station vorbei. Meine Fahrkarte brennt wie das notpeinliche Gewissen. Ich bin nicht ausgestiegen.

„Ich liebe sie wahnsinnig!" sage ich leise

„Sie ist mein Schicksal!" entscheidet der Wille.

Meine Blicke sind Sprache, sind Erzählungen, sind Verheißungen, sind Bitten, sind Forderungen. Ich bin ganz seelische Ausdünstung.

„Sie ist eine Göttin, nur andere Strümpfe muß sie anziehen!"

„Wir passen zueinander", entscheidet mein Wille.

Sie steht auf. Ich stehe auf. Sie verläßt den Wagen. Ich desgleichen. Sie eilt die Treppe herunter. Ich auf der gleichen Stufe.

„Jetzt werde ich sie ansprechen", entscheidet mein Wille.

Sie steigt in eine Elektrische. Ich tue desgleichen Sie steht ganz hinten. Ich stehe ganz vorne. Ich zwinge mich durch den Wagen. Liebliche Namen fallen. Doch ich stehe vor ihr. Mein ganzes Sein ist Konzentration.

„Jetzt, jetzt spreche ich sie an", entscheidet mein Wille. Und ich öffne den Mund. —

Da schiebt sich ein Arm vor mein Gesicht. Eine Stimme spricht zu ihr. Eine fremde Stimme. Und sie mir gegenüber lacht. Ihre Augen lachen. Ihre Schultern wippen. Ihr Mund plaudert holdselig angeregt zu dem Anderen mit der unsympathischen Stimme. Und dann sieht sie mich an, obgleich die stahlharte Suggestion meines Auges merklich nachgelassen hat. Ihre Lippen zucken. Sie sagt ein Wort zu dem Andern. Der blickt sich um. Und beide lachen.

„Takt hat sie keinen!" sage ich bitter.

„Ich glaube, ich verschwinde", entscheidet mein Wille.

Ich presse mich durch den Wagen. Liebliche Namen begleiten mich. In meinen Augen funkelt eine maßlose Wut. Ich stehe auf dem Trittbrett. Ich springe ab. Ich falle auf die Nase. In mir ist ein unlöschlicher Haß. Ich raffe mich auf. Ich blicke dem Wagen nach.

„Alberne Gans", sage ich hart. Und dann gehe ich den Weg zurück.

Die deutsche Sprache und das Erwerbsleben

Es ist bekannt, daß die deutsche Sprache mit der Sprache des Geschäftslebens nichts gemein hat, als die wenigen, unbedingt nötigen Verbindungswörter. Hauptwörter, Eigenschaftswörter, Beiwörter usw. gehören einer fremden Sprache an, die entweder lateinisch, französisch, Küchenlatein ist, oder sie entstammen einer Mischsprache, die sonst niemand versteht, es sei denn ein deutscher Geschäftsmann, der sie dann mit einer angenommenen Bedeutung und mit viel Geschrei in das Volk einführt.

Das Wort Kauderwelsch ist noch eine ehrende Bezeichnung für diese Sprache.

Von Stil will ich gar nicht reden. Aus angeblichem Mangel an Zeit erlaubt sich, nicht der gediegene alte ehrliche Kaufmann, sondern das Gewächs in der Kaufmannschaft, das heute das Geschäftsleben überwuchert und beherrscht, möglichst falsch und verschroben zu schreiben. Einfache deutsche Sätze kennen sie nicht. Ein Beispiel für viele: „Antwortlich Ihres werten von gestrigen". Die heutige Sprache dieses Kaufmanns ist vielleicht noch eine Nachäffung des Stils für Drahtnachrichten, aber nicht deutsche Sprache.

Doch hier soll nur von Fremdwörtern die Rede sein. Der Geschäftsmann führt eine „Korrespondenz", denn er kann nicht Briefe schreiben oder einen Schriftwechsel führen, das wäre für ihn zu gemein; dieser Geschäftsmann ist nicht ehrlich, lauter, anständig, sondern „reell"; er verkauft nicht gute oder beste Ware, sondern „prima" ja sogar „primissima" (oh Latein!) „Qualität", was er hier und da auch mit Ia ausdrückt. Er verkauft nur „Artikel", beileibe nicht Stücke oder Gegenstände oder Ware, er arbeitet in „genres, costumes, robes, modes", alle diese überaus schönen Namen hageln auf uns in dem „Konfektions"-Geschäfte (natürlich nie Schneiderei oder Modengeschäft) nur so herunter.

Der „Chef", „Prinzipal", „Rayonchef", die „Direktrice" empfängt uns, denn der Inhaber, Leiter, Meister wäre ja deutsch und deshalb nicht vornehm, er empfängt uns im „Atelier", „Salon", „Institut", „Zentrale"; keine Bezeichnung ist dumm genug, um nicht gewählt zu werden.

Dazu noch die marktschreierische Sprache der Anpreisungen, Ankündigungen, Empfehlungen (die Sprache der Reklame) und die lächerlichen Aufschriften auf den Geschäften und über den Auslagen. Es wird sich empfehlen, einmal mit deutschen Augen durch die Kaiserstraße oder Königsstraße oder Karolinenstraße zu gehen. Wenn wir nur ein wenig deutsches Sprachgefühl besitzen, werden wir geradezu mit üblen Empfindungen und beschämt heimgehen, denn es gibt wirklich nichts Unwürdigeres, als die Behandlung der deutschen Sprache im Geschäftsleben.

Nur noch ein Beispiel: Damen-Frisier-Salon — Separat — 4 Wörter und kein deutsches!

Die deutsche Sprache ist das Aschenbrödel im Geschäftsleben, ja noch mehr, man kann sagen, sie ist der Kehrichthaufen, der sich alles gefallen lassen muß.

Der deutsche Handwerker nennt sich nicht Richtmeister, sondern „Installateur", er ist Friseur, Dekorateur usw.

Das Buchdruckgewerbe arbeitet nur lateinisch-französisch, obwohl Gutenberg ein Deutscher gewesen sein soll: Kolumne, Antiqua, Kursiv, Nonpareille usw., warum, weiß kein Mensch.

Der Buchbinder spricht von „Couvert" statt Umschlag, ohne zu wissen, daß der Franzose diesen Umschlag nicht Couvert, sondern enveloppe heißt.

Ohne à, per, pro, en gros, en detail, spedieren, notieren, akkreditieren, Aktiva, Passiva, associe, avisieren usw. tut es der deutsche Kaufmann nicht; er fühlt gar nicht, wie lächerlich er sich mit allen diesen Brocken vor einem wahrhaft gebildeten Menschen macht. Warum schreibt der deutsche Kaufmann Kaffee nicht deutsch, sondern Café, für Zigarre Cigarre?

Warum hat er solide Schuhwaren, statt haltbare, warum macht er Extra-Angebote, statt Sonder- oder Einzelangebote.

Wir leben seit langen Jahren im Zeitalter der Unwahrhaftigkeit. Der Kaufmann und der im Erwerbsleben Tätige haben viel dazu beigetragen, weil sie gedankenlos diese tönenden aber inhaltlosen Worte von unlauteren Wettbewerbern übernommen haben.

Wollen wir nicht umkehren?

Lassen wir doch die Fremdwörter ruhig dem schwindelhaften Geschäftsgebaren! Es sollten die ehrlichen und anständigen Kaufleute und Geschäftsleute, deren es Gott sei Dank noch genug gibt, zur deutschen Sprache zurückkehren, die einfach, wahr und klar, ohne marktschreierisches Angebot sagt, was sie will und was sie bietet.

Es sei das Kenn- und Wahrzeichen des guten ehrlichen Geschäftsmannes, daß er sich der deutschen Sprache bedient, bei allem was er spricht und schreibt und was er ankündigt.

So wird der unlautere und unehrliche Geschäftsmann bald allein stehen mit seinen Fremdbrocken und seiner schlechten auf Betrug und Täuschung berechneten Bedienung und Ware.

Der ehrliche Handel, der ehrliche Handwerker, der ehrliche Unternehmer braucht keine Kunststückchen, um sich Achtung und Absatz zu erwerben; diese hat nur nötig ein Mann, der verschleiern muß und der auf Täuschung seiner Kunden angewiesen ist, weil er unlauter arbeitet.

Dazu dient ihm das unwahrhaftige, unklare, nebelhafte Fremdwort — der Feind guter, deutscher Sprache, Art und Sitte.

das Übel aufzuhalten, das fürwahr immer noch größer wird. Nationalfreiheit ist nicht persönlicher Eigenwille, der uns fürwahr zum vollständigen Ruin führen kann."

Im Interesse des Staates ist es zu begrüßen, daß auch hier wieder eine polnische Stimme laut wird, die zur Selbstbesinnung und zur Gewissenserforschung auffordert. Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen 8. September.

Die Versicherungssummen dem Valutastande anpassen!

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen die Gebäude landwirtschaftlicher Besitzungen ein Raub der Flammen werden, ohne daß die Besitzer den heutigen Verhältnissen entsprechend den Wert der Gebäude versichert haben. Es ist eine Kurzsichtigkeit, sich zu scheuen, die immer noch verhältnismäßig niedrigen Versicherungsprämien zu entrichten im Verhältnis zu den Wertobjekten, die auf dem Spiele stehen. Der Besitzer setzt bei ungenügender Versicherung seine ganze Existenz auf das Spiel, da er bei den heutigen hohen Baukosten im Falle eines Brandunglücks bei ungenügender Versicherung nicht mehr in der Lage ist, die Gebäude aus eigenen Mitteln zu errichten.

Die schwierige Lage der Industrie.

Der Allgemeine Arbeitgeberverband zu Bromberg, E. V., schreibt der „Deutschen Rundschau":

Die zurzeit bestehende Geldknappheit, welche in erster Linie die Banken hindert, Handel und Industrie durch die erforderlichen Kredite zur Seite zu stehen, hat vor kurzem zu einer Aussprache unter Vertretern der hiesigen Industrie- und Gewerbezweige geführt. Dort wurde neben dem vorerwähnten Mangel an Geld und seinen Gefahren für eine weitere Fortführung der Betriebe, sowie für das wirtschaftliche Leben im allgemeinen bittere Klage geführt wegen nicht rechtzeitiger Bezahlung der für staatliche und kommunale Behörden ausgeführten Aufträge, ein Umstand, der in nicht geringem Maße an einer letzten Endes notwendig werdenden Betriebsstillegung Schuld trägt. Der Allgemeine Arbeitgeberverband hat sich in dieser Angelegenheit an die Ministerien, Wojewodschaften und den Magistrat mit einem Schreiben folgenden Inhalts gewandt:

„Der unterzeichnete Verband erachtet es als seine Pflicht, im Nachfolgenden auf die äußerst schwierige Lage, in der sich Handel und Industrie zurzeit befinden, und die damit verbundenen Gefahren für das Wirtschaftsleben hinzuweisen. Die seit Monaten stetig steigende Verteuerung der Rohmaterialien und aller übrigen Betriebsstoffe, sowie die ungeheure Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt und die dadurch bedingten sprunghaften Lohnerhöhungen haben Handel und Industrie zu ungewöhnlich starker Inanspruchnahme der Bankkredite gezwungen. Die Banken sind aber zur Hergabe weiterer Mittel bekanntlich nicht mehr in der Lage, so daß sich eine große Anzahl von Unternehmern vor die Notwendigkeit gestellt sieht, wenn auch den Betrieb nicht gänzlich stillzulegen, so doch wenigstens die Zahl der Beschäftigten erheblich zu verringern. Eine solche Maßnahme würde zweifellos die denkbar schlechteste Auslegung durch die Arbeiterschaft erfahren und letzten Endes zu terroristischen Handlungen führen. Zu den vorerwähnten Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung gesellt sich ein weiterer Übelstand und zwar insofern, als die Zahlungen für geleistete Arbeiten oder Lieferungen an staatliche oder kommunale Behörden von denselben in sehr vielen Fällen nicht vereinbarungsgemäß geleistet, ferner die während der Herstellungsperiode eingetretenen Lohnerhöhungen und deren Verrechnung oft nicht anerkannt werden. Der letzterwähnte Umstand ist in nicht geringem Maße mitschuldig an dem Fehlen der zur Aufrechterhaltung der Betriebe unbedingt erforderlichen Geldmittel. Um folgenschwere Störungen des Wirtschaftslebens zu vermeiden, stellen wir die ergebene Bitte, auf die Beseitigung der obengeschilderten, Handel und Industrie lähmenden Hemmnisse mit allen Kräften hinzuwirken."

X **Vermißt** wird seit vergangenem Sonnabend der Rechtsanwalt Borowicz von hier mit seinem zwölfjährigen Sohne. Beide waren, mit Fahrrädern und einem Rucksack ausgestattet, vermutlich mit der Eisenbahn in die Gegend von Mogilno gefahren und sind bis heute noch nicht wieder zurückgekehrt. Sie sind offenbar entweder einem Verbrechen oder einem Unglücksfall zum Opfer gefallen. Rechtsanwalt Borowicz ist 40 Jahre alt, sieht aber, da er frühzeitig ergraut ist, erheblich älter aus. Wer irgendwelche Angaben machen kann, die zur Aufklärung der Angelegenheit beitragen können, wird gebeten, dies bei der Mutter des Vermißten, Frau Borowicz in der ul. Ogrodowa 20 (früher Gartenstr.) oder bei der Kriminalpolizei zu tun.

Ernennung. Herr Samulski, der bisherige Direktor der Bank Związku Spółek Zarobkowych, wurde zum Departementsdirektor im Ministerium des ehemals preußischen Teilgebiets ernannt.

X **Kirchenkollekte.** Die Kollekte, die am Sonntag, dem 11. d. Mts. in den evangelischen Kirchen Posens und Pommerellens eingesammelt wird, ist bestimmt für das Krüppelheim Wolfshagen bei Czabcze. Bei der dringenden Notwendigkeit des an den unglücklichen Kindern geleisteten Liebeswerkes und den großen Heilerfolgen, von denen die Anstalt berichten kann, ist anzunehmen, daß die Gemeinden dem Krüppelheim mit besonderer Liebe Gaben darreichen werden. Die Teuerung und allgemeine Not der Zeit drückt schwer auf jedes Werk, das feste Einnahmequellen nicht hat und ganz auf freie Gaben angewiesen ist. Die Tätigkeit des Krüppelheims Wolfshagen ist auch dadurch besonders wichtig, weil das damit verbundene Diakonissenmutterhaus Schwestern in den Sonderkenntnissen der Krüppelpflege und Heilbehandlung ausbildet.

Rechtzeitige Kündigung der Fernsprechanschlüsse. Die Post- und Telegraphendirektion bittet um die Bekanntgabe folgender Veröffentlichung: In Hinsicht auf die Erhöhung der Pauschalfernsprechgebühr vom 1. 10. d. J. ab um 100 v. H. macht die Post- und Telegraphendirektion diejenigen Teilnehmer des Fernsprechnetzes, die infolge der bedeutend erhöhten Fernsprechgebühr nicht länger aus der Fernsprechverbindung Nutzen ziehen möchten, darauf aufmerksam, daß sie sie spätestens bis zum 25. September 1921 kündigen können."

Strafen für das Auf- und Abspringen bei der Straßenbahn in . . der Tschecho-Slowakei. Die „Verkehrstechnik" vom 5. v. Mts. bringt folgenden Artikel, den wir freundlicher Beachtung der zuständigen Amtsstellen hier empfehlen: „Um gegen die, wie fast überall, auch in Prag stark überhand nehmende Unsitte des Auf- und Abspringens von Straßenbahnwagen während der Fahrt einzuschreiten, hat der Ministerrat der tschechoslowakischen Republik zu einem ebenso energischen wie kurzen und erfolgreichen Verfahren seine Zuflucht genommen. Es stattete die Prager Schutzleute mit dem Rechte aus, Verstöße gegen die Verkehrsordnung sofort zu ahnden und Geldstrafen einzukassieren. Die Verkehrsordnung schreibt vor, daß man links gehen und rechts ausweichen, daß man weder von der Straßenbahn abspringen noch aufspringen noch unachtsam über eine Straßenkreuzung gehen darf. Aber die Fußgänger kümmerten sich wenig um diese nützlichen Ratschläge — bis zu dem Tage, der dem Schutzmann den „Verkehrsblock" brachte. Dieser Verkehrsblock besteht aus Strafzetteln zu 2, 5, 10, 50 und 100 Kronen. Jeder Verstoß gegen die Verkehrsordnung wird nun, sofern ein Schutzmann dessen Zeuge war, sofort mit einem solchen Strafzettel geahndet. Die einzelnen Verstöße haben sozusagen ihre bestimmte Taxe; Widerspruch oder Zahlungsverweigerung seitens des „Verurteilten" führen dazu, daß zu dem bereits präsentierten Strafzettel noch ein zweiter höherer Ordnung präsentiert wird. Gleich am ersten Tage der neuen Verordnung bekam ein Prager Richter, der zeitunglesend über den Fahrdamm ging und bei dieser Gelegenheit fast von der Straßenbahn überfahren worden wäre, zum Schrecken noch einen Strafzettel über 5 Kronen dazu ausgehändigt. Ein Chauffeur, der eins der beliebten Wettrennen auf der falschen Seite mitmachte, hatte sich mit einem 100-Kronen-Zettel abzufinden. Ein alter, dicker Herr sprang von der fahrenden Straßenbahn ab und legte sich dabei zum Vergnügen aller Augenzeugen bäuchlings auf den Fahrdamm. Er war noch nicht wieder auf die Beine gekommen, als ihm ein Schutzmann einen 10-Kronen-Zettel überreichte. „Hol Sie der Teufel!" knurrte der alte Herr; worauf ihm gleichmütig ein 50-Kronen-Zettel präsentiert wurde. Und der alte Herr zahlte, brennrot im Gesicht, doch schweigend 60 Kronen. — — Ein Verfahren, das Nachahmung verdienen würde!"

* **Bromberg**, 5. September. Eine Bande von Räubern und Brandstiftern — es sollen 5 an der Zahl sein — macht seit einigen Wochen unser Nachbarstädtchen Fordon nebst Umgegend unsicher. Mit Vorliebe wählen die Verbrecher die Weichselniederung, die Kämpen usw. zum Schauplatz ihrer Schandtaten, und zwar operieren sie, je nach Art und Bedeutung ihres jeweiligen Unternehmens, einzeln, zu zweien oder die ganze Bande zusammen. Am letzten Sonnabend versuchten sie das Gehöft des alten Fährhauses in Brand zu setzen. Das Feuer wurde jedoch von den Bewohnern noch rechtzeitig entdeckt und im Keime erstickt. Aber schon am anderen Tage, Sonntag, in der späten Abendstunde, kamen die frechen Banditen wieder, legten wiederum Feuer in das genannte Grundstück, und diesmal äscherte der Brand das Haupt- und die Wirtschaftsgebäude zum großen Teil ein. Die ganze Ernte sowie eine Menge Vieh, u. a. 14 Schweine, drei Kühe und zwei Kälber wurden von den Flammen vernichtet. Während es den übrigen Einwohnern gelungen ist, ihr Mobiliar und sonstiges Besitztum zu retten und in Sicherheit zu bringen, verbrannte einer Frau die ganze Habe. — Einige Tage vorher wurde auf der Kleinen Kämpe eine Frau M., die einen Korb mit Kleiderstoffen, Schuhwaren u. dgl. trug, von zweien der Kerle angehalten und mit Erschießen bedroht, indem der eine ihr einen Revolver vors Gesicht hielt. Der Angefallenen gelang es — natürlich unter Zurücklassung ihres Eigentums, das einen Wert von über 40 000 Mark hatte — zu flüchten. Weiter fallen den Verbrechern eine Reihe von Sittlichkeitsattentaten auf junge Mädchen und Kinder zur Last. Ein Mädchen von 14 Jahren ist wenige Tage nach dem Überfall an den Folgen der erlittenen Mißhandlung gestorben. Zu verschiedenen Malen wurde auch Kindern, die ihren Eltern das Mittagessen aufs Feld oder sonstige Arbeitsstätten bringen wollten, das Essen weggenommen, worauf die Räuber es an Ort und Stelle verzehrten. Trotzdem auf die Banditen eifrig gefahndet wird, ist es bisher noch nicht gelungen, ihrer habhaft zu werden. Auch in welcher Gegend sie ihr Domizil aufgeschlagen haben, ist bislang noch ein Rätsel.

* **Culmsee**, 7. September. Anscheinend durch Funkenauswurf aus der Dreschlokomobile entstand nach Arbeitsschluß auf dem Dominium Grzywna Feuer, das sich bei der Trockenheit mit großer Schnelligkeit ausbreitete. In kurzer Zeit wurde die mit Stroh gedeckte Scheune, in der sich auch Stallungen befanden, ein Raub der Flammen. Außer der Dreschmaschine sind etwa 70 Fuhren Weizen, sowie Futtermittel, Kohlen und mehrere Stück Vieh mitverbrannt. Der Arbeiter Fr. Zielki, der eine Kuh retten wollte, erlitt Brandwunden an Kopf und Händen. Das Wohnhaus und die übrigen Gebäude konnten von den Feuerwehren gehalten werden.

* **Graudenz**, 7. September. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde eine Ortssatzung angenommen, vom Warenumsatz eine Steuer in derselben Höhe zu erheben wie der Staat, d. h. 5 v. H. Die Preise für elektrisches Licht wurden für die Stadt auf 55, für den Landkreis auf 45 Mark die Kilowattstunde und für Kraft für die Stadt auf 50 Mark, für Wasser von 8 auf 15 Mark erhöht. Angenommen wurde ferner der Antrag des polnischen Theatervereins um eine Unterstützung für das am 15. d. Mts. zu eröffnende polnische Stadttheater, und zwar in der Form, daß dem Theater die Lustbarkeitssteuer erlassen und ein monatlicher Zuschuß von 50000 Mark zugestanden wird.

Aus Ostdeutschland.

* **Marienburg**, 5. Septb. Im nächsten Schuljahre soll im Marienburger staatlichen Gymnasium das Französische als Pflichtsprache fallen gelassen und dafür Russisch als Pflichtfach eingeführt werden. Diese Neuerung wird wahrscheinlich auch in anderen Orten des Ostens eingeführt werden.

* **Königsberg**, 5. Septb. Auf eine telegraphische Aufforderung zur Geldzahlung ging einer hiesigen Firma aus Pommern folgende Antwort zu: „Matthäus 18, Vers 26." Beim Nachschlagen ergab sich folgender Text: „Da fiel der Knecht nieder und betete ihn an und sprach: „Herr, habe Geduld mit mir, ich will dir's alles bezahlen." — Man freut sich, in dieser entgötterten Welt wenigstens an einer Stelle so viel schlagfertige Bibelfestigkeit anzutreffen.

Also sprach John Ruskin.

Der bekannte englische Publizist und Kunstkritiker John Ruskin hat in seinen Werken so manchen Ausspruch niedergelegt, dessen Wert sich gerade heute, im Spiegel allermodernsten Lebens, offenbart. Die von Maria Kühn vorgenommene Auswahl und Übersetzung seiner Schriften, erschienen bei Karl Robert Langewiesche unter dem Titel „Menschen untereinander", eröffnet uns wertvolle Einblicke in das Schaffen jenes adligen, sittenstrengen Lehrmeisters. Wir lesen dort zu der Frage etwa, wer heute reich wird und wer verarmt, folgendes:

„In einem nur durch Angebots- und Nachfragegesetze geordneten, aber vor offener Gewalt geschützten Gemeinwesen werden, im allgemeinen gesprochen, die Leute reich, welche fleißig, entschlossen, kühn, habgierig, rasch, methodisch, nüchtern, unempfindlich und unwissend sind. Arm bleiben die ganz Törichten, die ganz Weisen, die Trägen, die Sorglosen, die Demütigen, die Nachdenklichen, die Stumpfen, die Phantasievollen, die Feinfühligen, die Unbedachtsamen, die unregelmäßig und triebhaft dem Laster Frönenden, der plumpe Schurke und der ganz Barmherzige, Gerechte, Fromme".

Über das Problem des sozialen Ausgleichs schreibt Ruskin dies:

„Es gibt eine arbeitende Klasse — stark und glücklich — unter den Reichen sowohl, als unter den Armen, und eine müßige Klasse — schwach, ruchlos und erbärmlich, — unter den Reichen sowohl als unter den Armen. Die schlimmsten Mißverständnisse zwischen beiden Ständen rühren von der unglücklichen Tatsache her, daß die Weisen des einen Standes (darin so wenig weise) gewöhnlich die Törichten des andern betrachten. Wenn die fleißigen reichen Leute auf die faulen Reichen acht haben und sie tadeln wollten, und wenn die fleißigen Armen die faulen Armen beaufsichtigen und verweisen wollten, dann wäre alles in Ordnung. Aber jeder Stand sieht nach den Fehlern des andern. Ein hart arbeitender, vermögender Mann ärgert sich besonders an dem faulen Bettler, und der ordentliche, aber arme Arbeiter ist von Natur unduldsam gegen die ausschweifende Üppigkeit des Reichen. Und was in den Gemütern der gerechten Männer jeder Klasse strenges Urteil ist, wird in den ungerechten — aber nur in ihnen — zu grimmiger Feindschaft. Nur zuchtlose Arme sehen die Reichen als ihre natürlichen Feinde an und verlangen danach, ihre Häuser zu plündern und ihr Eigentum zu teilen. Nur zuchtlose Reiche sprechen in schimpflichen Ausdrücken über die Laster und Torheiten der Armen."

Von diesem Engländer sollten wir lernen. M. C.

Kunst und Wissenschaft.

— **Josef Mann †.** Im Berliner Staatsopernhaus wurde am Montagabend während der Aufführung der „Aida" der bekannte Heldentenor Josef Mann von einem Ohnmachtsanfall befallen. Er ist kurz darauf einem Herzschlag erlegen. Die Vorstellung wurde sofort abgebrochen. Es dürfte nur Wenigen bekannt sein, daß Mann von Geburt ein Pole war. Er wurde in Lemberg geboren, studierte nach Absolvierung des Gymnasiums Jura, widmete sich dann der Richterlaufbahn und trat zugleich wiederholt als Konzertsänger auf, und zwar als Bariton. Dann wurde er als Heldentenor entdeckt. Er ging zum Theater über und wurde bald der Liebling des Lemberger Publikums, das ihn besonders als Jontek in Moniuszkos „Halka", als Darsteller Wagnerscher Gestalten, in Leoncavallos „Bajazzi" und in Halévys „Jüdin" schätzte. Das nächste Engagement führte Mann an die Wiener Volksoper, von dort ging er an das Darmstadter Hoftheater über, und zuletzt gehörte er seit mehreren Jahren der Berliner Staatsoper an. In der nächsten Zeit wollte Mann, der nicht ganz 40 Jahre alt geworden ist, eine Gastspielreise antreten, die ihn an die „Metropolitan House"-Oper in Amerika führen sollte. Mann war nicht nur ein hervorragender Sänger, sondern verstand es, die dargestellten Gestalten auch dramatisch zu erfassen und lebendig zu machen.

Bunte Zeitung.

○ **Übersiedlung einer ganzen Stadt.** Vor drei Jahren begann es sehr gefährlich für die kleine Stadt Hibbing im Staate Minnesota auszusehen, weil sie durch die Gruben der United States Steel Corporation unterminiert wurde. Um dem Unglück zuvorzukommen, sagte der Leiter dieser mächtigen Vereinigung eines Tages zu einer Anzahl Ingenieure: „Übersiedelt die ganze Stadt auf einige Meilen Abstand!" Man ging sofort ans Werk, und die 200 Häuser und Wasserwerke — alle aus Holz gebaut, wurden allmählich auf Rollwagen gestellt, ohne daß die ungefähr 10 000 Bewohner irgendwelche Beschwerden davon hatten. Jetzt ist die neue Stadt auf einem ungefährlichen Platz erstanden, und die Bergwerksarbeit kann unter der Stelle, auf der Hibbing früher stand, ungehindert fortgesetzt werden.

○ **Schreibmaschinen-Lotterie in Peru.** Gegenwärtig gewinnt die Schreibmaschine in Peru immer mehr an Boden. Bevorzugt werden allerdings noch amerikanische Fabrikate, die im Durchschnittspreis 30—35 peruanische Pfund (peruanisches Pfund = 4,86 amerikanische Dollar) kosten. Es hat sich eine neue Art des Vertriebs von Schreibmaschinen herausgebildet, die Schreibmaschinen-Lotterie. Die Interessenten schließen sich zu Klubs von 50 Mitgliedern zusammen und bringen allwöchentlich eine Maschine zur Verlosung.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	8. September	6. September
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—.—	—.—
3% " " Buchst. A u. B	—.—	—.—
3½% " " ohne Buchst.	—.—	—.—
3½% " " Buchst. C .	—.—	—.—
4% " " Buchst. D u. E	—.—	—.—
4% " " (neue) . .	—.—	—.—
4% " (neue) mit poln. Stempel	—.—	—.—
4% Pos. Pfandbriefe	—.—	—.—
4% Pos. Provinzialobligationen	—.—	—.—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—.—	—.—
5½% Obl. Cegielski	—.—	—.—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—.—	—.—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	220 + A	—.—
Bank Związku VIII em. (ungest.)	220 + A	—.—
Bank Związku IX em. (ungest.)	220 + A	—.—
Bank Handlowy, Poznań I—VII .	340 + A	340 + A
" " " VIII . .	340 + A	340 + A
Bank Handlowy, Warszawa .	—.—	—.—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—.—	—.—
Kwilecki, Potocki i Ska. . . .	450 + N	440 + N
Bank Ziemski	—.—	—.—
Bank Ziemian I—III	255 +	—.—
R. Barcikowski I—IV em. . . .	200 + N	—.—
R. Barcikowski V em. . . .	170 + N	175 + N
Centrala Skór I—II	370 +	370 +
" " III	—.—	330 + A
Lubań	520 + N	—.—
Dr. Roman May I—III . . .	480 + N	—.—
Patria	360 + N	360 + N
Pozn. Spółka Drzewna (exkl. Kup.)	—.—	1290 +
C. Hartwig I—III em.	—.—	—.—
C. Hartwig IV em.	380 + N	380 + A
Cegielski I—VI em.	245 + N	235 + N
Cegielski VII em.	245 + N	235 + N
Hurtownia Związkowa	145 + A	140 + A
Auszahlung Berlin	45.— +	—.—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe . . .	—.—	—.—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—.—	—.—
Bank Centralny I—III	—.—	—.—
Bank Poznański I. Em.	—.—	—.—
Bank Przemysłowców	240 + N	240-235-240 +
Hartwig Kantorowicz	520 + A	520—515 +
Bank Zjednoczenia	200 + A	—.—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr.)	—.—	160 + A
Iri	—.—	160 +
Wytwornia Chemiczna I—II exkl Bezugsrecht	200—205 + N	200 + A
Wyroby Ceramiczne	165 +	—.—
Drzewo Wronki	—.—	—.—
Wisła	550 +	—.—
Arcona	—.—	—.—
Brzeski Auto (exkl. Kupon) .	—.—	—.—
Wagon Ostrowo	155 + A	—.—
Wytwornia Maszyn Młyńskich	—.—	—.—
Herzfeld Viktorius	375—380 + N	370-365-375 + N
Bentzki	500—515 + N	500 + A
Orient	180 + N	180 + A
Sarmatia	400—395 +	390—400 + A
Bławat	—.—	300 + N
Dom Konfekcyjny	—.—	—.—
Tkanina	—.—	—.—
Centrala Rolników	—.—	—.—
Papiernia Bydgoszcz	250 + N	240—245 +
Trie	210 + N	210 + A
Hurtownia Skór	300 + N	—.—
Sierakowskie Kopalnie Węgla .	—.—	—.—
Kabel	155—160 + A	—.—
Lloyd Wielkopolski	—.—	—.—
Hurtownia Spółek Spożywcz. .	220 + A	225—220 + A
Pneumatik	165 + A	170 + N

Berliner Börsenbericht

vom 7. September.

Diskonto-Komm.-Anteile .	300.—	3½% Pos. Pfandbriefe .	—.—
Orenstein u. Koppel . . .	874.—	Auszahlung Warschau . .	2.40
Hartmann Maschinen . .	710.—	Polnische Noten	2.45
Phönix	809.—	Kriegsnoten	8.50
Caro	410.—	Dollar	94.125
Otavi	735.—	Englische Pfund	348.50
Scheidemandel	970.—	Gulden	2960.—
3½% Poln. Pfandbriefe .	—.—	Schweizer Franken . . .	1607.—
4% Pos. Pfandbriefe . .	—.—		

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 8. September.

Zuchtviehausstellung und Versteigerung.

Die Herdbuchgesellschaft des schwarzbunten Niederungsrindes Großpolens veranstaltete Mittwoch vormittag von 10 Uhr ab auf dem Gelände vor der Diakonissen-Krankenanstalt an der ul. Grunwaldzka (fr. Auguste Viktoriastr.) unter der Leitung des Tierzuchtdirektors Dr. Stender seine 40. Zuchtviehausstellung- und Versteigerung, die erste diesjährige in der Stadt Posen, nachdem solche in diesem Jahre in Bromberg, Ostrowo und Samter stattgefunden hatten. Der Besuch war nicht allzu groß, gleichwohl wurden selbst unter Berücksichtigung des schlechten Valutastandes gute Preise für gute Bullen erzielt. Die Preise bewegten sich zwischen 40 000 bis 301 000 Mark, die Herr Mikulski-Chwałkowica für seinen Stier, Katalognummer 36 erzielte. Im ganzen brachten von den Tieren 12 Stück 200 000 bis 301 000 M. Gegen Ende der Versteigerung ließ die Kauflust wegen Mangels an Käufern etwas nach. Es wurden u. a. folgende Tiere verkauft:

36. Züchter Mikulski-Chwałkowice. Bulle. geb. 19. 4. 20 Vater Marke, Mutter Nova. Käufer Dominium Połajewo, Preis 301 000 M.

18. Züchter Czapski-Obra, Bulle, geb. 11. 3. 20, Vater Menko Mutter Wiosna, Käufer von Wentzel-Belencin, Preis 290 000 M.

57. Züchter Czapski-Obra, Bulle, geb. 2. 7. 20, Vater Winterblut, Mutter Flora, Käufer Dominium Paruszewo, Preis 276 000 M.

21. Züchter Czapski-Obra, Bulle, geb. 10. 4. 20, Vater Winterblut, Mutter Floretto, zurückgekauft, Preis 275 000 M.

53. Züchter Dr. Busse-Tupadły Bulle, geb. 12. 4. 20, Vater Castro, Mutter Caritas, Käufer Dominium Chwałkowo, Preis 216 000 M.

28. Züchter Falkenthal-Słupowo, Bulle. geb. 29. 3. 20, Vater Ramler, Mutter Bura, Käufer Dominium Kawincin, Preis 215 000 M.

97. Züchter Szulczewski-Chwaliszewo Bulle, geb. 30. 4. 20, Vater Maximilian, Mutter Friesin. Preis 210 000 M.

58. Züchter Dietsch-Chrustowo, Bulle, geb. 15. 6. 20, Vater Nobel, Mutter Betty, Käufer Jegierski-Posen. Preis 208 000 M.

24. Züchter Czapski-Obra, Bulle, geb. 5. 6. 20, Vater Winterblut, Mutter Gerda, Käufer Lossow-Grezyna, Preis 205 000 M.

25. Züchter Dietsch-Chrustowo, Bulle, geb. 13. 3. 20, Vater Novefurt, Mutter Carmen, Käufer Dr. Jencyowicz-Drzengowo, Preis 201 000 M.

17. Züchter Czapski-Obra, Bulle, geb. 16. 3. 20, Vater Barnim, Mutter Fee II. Käufer Schendel-Orłowo, Preis 200 000 M.

37. Züchter von Oertzen-Pempowo, Bulle, geb. 21. 5. 20, Vater Herodes, Mutter Geest, Käufer von Wentzel-Belenschin, Preis 200 000 M.

39. Züchter von Oertzen-Pempowo, Bulle, geb. 17. 5. 20. Vater Herodes, Mutter Ursula. Käufer Dominium Jechód, Preis 200 000 M.

hb.

X **Brände.** Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Stary Rynek 41 (früher Alter Markt) gerufen, wo ein Stubenbrand ausgebrochen war, der in kurzer Zeit gelöscht wurde. Ebenfalls gestern abend, und zwar um 9¾ Uhr wurde die Feuerwehr nach der ul. Niegolewskich (früher Augustastr.) gerufen, weil dort in einem Hause eine Spirituslampe explodiert war. Hier gelang es gleichfalls, das Feuer nach kurzer Zeit zu löschen. Beide Brände wurden von der Feuerwache 2 in der ul. Grunwaldzka (früher Auguste Viktoriastr.) gelöscht.

X **Wieder ein Schwindel.** Vorgestern abend erschien in einem Hotel in der ul. Pocztowa (früher Friedrichstraße) eine Dame im Alter von etwa 23 Jahren und bat um ein Zimmer. Da alle Räumlichkeiten bereits besetzt waren, wurde ihr Wunsch abgeschlagen. Dem Hotelbesitzer jammerte sie nun vor, was sie denn jetzt anfangen solle, denn sie habe ihr Geld verloren, ob er ihr nicht auf ihren Gepäckschein einen Betrag leihen wolle. Der Hotelbesitzer ging auf diesen Wunsch ein, und die Dame entfernte sich. Als er gestern den Hoteldiener zum Bahnhof sandte, um das Gepäck einzulösen, wurde dieser verhaftet, da der Gepäckschein von der rechtmäßigen Eigentümerin des Gepäcks verloren worden war. Offenbar hatte die das Gepäck suchende Dame ihn gefunden. Der Hoteldiener wurde, nachdem sich der Sachverhalt aufgeklärt hatte, aus der Haft entlassen; an seiner Stelle mußte die findige Dame, die inzwischen von der Kriminalpolizei ermittelt worden war, den Weg in das Untersuchungsgefängnis antreten. Sie stammt aus Kongreßpolen.

X **Große Beute** machte gestern nachmittag 2 Uhr auf dem Bahnhofe in Bromberg ein Taschendieb, als er einem Reisenden eine Brieftasche stahl. In dieser befanden sich 700 M. bares Geld und ein Scheck über 3½ Millionen Mark auf die Bank Związku in Posen. Der Scheck trägt die Nr. 023 292. Es sind sofort alle Maßnahmen getroffen, um die Auszahlung des Schecks zu verhindern.

X **Fahrraddiebstahl.** Auf dem Nowy Rynek (früher Neuer Markt) wurde gestern ein Fahrrad, Marke „Kaiser" Nr. 110 951 gestohlen.

□ **Rakwitz,** 7. September. Gestern hat der älteste Einwohner unserer Stadt und gleichzeitig der älteste deutsche Lehrer, Lehrer a. D. Emanuel Jungnik, unsere Stadt verlassen. J., der am 12. September sein 99. Lebensjahr vollendet und sich noch großer körperlicher und geistiger Regsamkeit und Frische erfreut, wird mit seiner Frau zu seinem Sohne nach Berlin übersiedeln. Seit dem Jahre 1846 im Schulamt stehend, hat er die letzten 62 Lebensjahre in Rakwitz zugebracht. Möge dem hochbetagten Greis und seiner Gattin in der neuen Heimat noch ein froher Lebensabend beschieden sein.

* **Thorn,** 7. September. Ein älterer Landwirt aus Stewken ist zwei Mädchen von der Straße auf den Leim gegangen und dabei empfindlich geschädigt worden. Die beiden Dirnen Stefania Benowska aus Ostrolenka und Stefania Rosiak machten sich auf der Bazarkämpfe an den schon etwas angetrunkenen Landwirt und forderten ihn auf, mit ihnen ein Schnäpschen zu trinken. Das tat dieser denn auch ausgiebig. Auf dem Heimwege boten die beiden „Damen" dem Landwirt Gefälligkeiten an, die der Angetrunkene anzunehmen beabsichtigte. Nachdem die beiden ihr Opfer soweit festhatten, kamen „zufällig" zwei Matrosen der hiesigen Abteilung hervor und nahmen dem Opfer, das sich kaum zu sträuben vermochte, die Brieftasche mit 12 000 Mark ab. Der Katzenjammer war nicht schlecht. Die Polizei vermochte bereits, die beiden Prostituierten festzunehmen. Auch die beiden Matrosen, von denen einer Babinski heißt, sind bereits hinter Schloß und Riegel.

* **Karthaus,** 5. Sept. Ein Mitarbeiter des „Kurjer Poznański" beklagt sich bitter über das Kaschubenvolk. Er weilte einige Tage in der Kaschubei: in Berent, Karthaus und Gdingen. Überall herrschte eine „furchtbare Germanisierung" in sprachlicher und kultureller Beziehung; besonders aber unter der Jugend, selbst unter der, die polnisch fühle, ein Mangel an Vertrauen zu unserem Staatswesen, ein Kritisieren alles Guten und Bösen darin, ein Vorherrschen der Deutschen und ein ewiges Vergleichen der polnischen Zustände mit den deutschen, ein heftigeres Schimpfen als sonstwo über die polnische Valuta, die Fehler und die Taktlosigkeit der Beamten, der Militärbehörden, der Warschauer Sommerfrischler usw. Dabei scheinen die Kaschuben nicht die geringsten Gefühle für den polnischen Staat zu hegen. Sie fühlen sich in Polen nur als Gäste, die zu Deutschland übergehen werden, wenn es ihnen unter polnischer Regierung gar so schlecht ergehen sollte.

Neues vom Tage.

§ **Berufung in den Oberkirchenrat.** Der bekannte Berliner Pfarrer Lic. Dr. Dibelius (ein Bruder des früher an der Posener Akademie tätigen Anglisten Prof. Dr. Dibelius) wurde als Mitglied in den Evangelischen Oberkirchenrat berufen als Nachfolger des zum Vizepräsidenten ernannten Geheimrats Prof. D. Kaftan. Seine Tätigkeit an der Kirche zum Heilsbronnen wird Pfarrer Dibelius unverändert fortführen.

§ **Die Eisenbahnkatastrophe von Iserlohn.** Nach einer amtlichen Meldung beläuft sich die Zahl der Opfer des Eisenbahnunglücks am Bahnhof Iserlohn auf 4 Tote und 30 zum größeren Teil Schwerverwundete.

§ **Ein lappländisches Dorf in Flammen.** Seit Dienstag früh steht die Ortschaft Vilhemina in Südlappland in Flammen. Bisher sind 65 Häuser abgebrannt, wodurch mehr als 550 Familien obdachlos geworden sind.

§ **Ein Kampf zwischen Schwarzen und Weißen.** Auf dem Deck des amerikanischen Dampfers „Chester" kam es zu einer wüsten Schlägerei zwischen schwarzen und weißen Matrosen. Nur mit Mühe und erst nach längerer Zeit konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. 60 Mann der Besatzung wurden mehr oder weniger schwer verwundet.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Frau Bl. in B. 1. Der Personalausweis genügt für diesen Zweck. 2. Darüber gibt es wohl keine sicheren Bestimmungen mehr; als selbstverständlich gilt, daß die Lebensmittel nicht in übertriebenen Mengen mitgenommen werden. 3. 1200 M. in deutschem und 1000 M. in polnischem Gelde.

H. H. in N.-T. Wenn die Zedierung erst nach der Kündigung erfolgt ist, braucht die Hypothek nur in polnischem Gelde zurückgezahlt zu werden.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan.

Zuteilung von Malzkaffee.

Auf den Abschnitt 1 — außergewöhnlichen Zusatz zur Brotkarte — können pro Person je 100 Gramm Malzkaffee für 8,— Mk. d. h. 40,— Mk. pro Pfund empfangen werden.

Die Konsumenten wollen die Abschnitte bei ihren Händlern bis Sonnabend, den 10 September einschließlich abgeben.

Die Kleinhändler haben die gesammelten Abschnitte wie folgt:
die Händler aus der Altstadt am Montag, dem 12. September,
die Händler aus Jeżyce und Sołacz am Mittwoch, dem 14. September,
die Händler aus Wilda am Freitag, dem 16. September,
die Händler aus St. Lazarus am Sonnabend, dem 17. Septbr.
bei der Firma Woyniewicz, Nowy Rynek 13, und die Mitglieder der Spółka Handlowa bei dieser Firma, ul. Piaskowa, abzuliefern, worauf sie die gehörige Menge an Malzkaffee gegen Bezahlung zur Verteilung an ihre Kundschaft empfangen werden.

Bei Nichtablieferung der Abschnitte innerhalb der festgesetzten Frist werden sowohl die Konsumenten als auch die Händler ihrer sämtlichen Ansprüche verlustig.

Die Firmen Woyniewicz und Spółka Handlowa rechnen sodann mit dem Obwodowy Urząd Żywnościowy, plac Sapieżyński, ab.

Poznań, den 5. September 1921.

Magistrat der Stadt Poznań.
(—) Dr. Kiedacz.